

Wiener Netze GmbH, RA, Erdbergstraße 236, 1110 Wien

An die
Energie-Control Austria

Rechtsangelegenheiten

Kontakt: Ing. Mag. Wolfgang Poier
E-Mail: wolfgang.poier@wienernetze.at

Per E-Mail: marktregeIn@e-control.at

Datum: 20.02.2019

Unser Zeichen: 42/2019

Stellungnahme zur Gaskennzeichnungsverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wiener Netze GmbH (WN) bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Gaskennzeichnungsverordnung. Wir nehmen dabei ausschließlich zu jenen Regelungen Stellung, welche uns als Verteilernetzbetreiber betreffen.

Zu § 9 Abs 1 und Abs 2:

Grundsätzlich ergibt sich laut Verordnungsgeber die Verordnungskompetenz aus § 130 Abs. 9 GWG sowie die Notwendigkeit für die Erlassung dieser Verordnung aus den Vorgaben der *Richtlinie 2018/2001/EG* zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

Die *Richtlinie 2018/2001/EG* verfolgt in erster Linie das Ziel, EnergiekundInnen durch Anreizsysteme die Senkung ihres Energieverbrauchs zu ermöglichen, wie etwa durch den Einsatz von Energieeffizienztechnologien und die Förderung der Verwendung erneuerbarer Energie im Elektrizitätsbereich, oder im Wärme- und Kältesektor. Dies wären wirksame Mittel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Energieabhängigkeit. Diese Richtlinie richtet sich daher ausschließlich an die Energieversorger bzw. Energieerzeuger.

Auch § 130 GWG richtet sich ausschließlich an Versorger, welche in Österreich Endverbraucher mit Erdgas und/oder Biogas, Deponiegas oder Klärgas beliefern. Diesfalls sind diese Versorger verpflichtet, auf oder als Anhang zu ihrer Gasrechnung (Jahresabrechnung) für Endverbraucher den Versorgermix auszuweisen, der die gesamte Gasaufbringung des Versorgers für Endverbraucher berücksichtigt.

Außerdem werden den Bilanzgruppenkoordinatoren ohnehin die eingespeisten Gaserzeugungsmengen sowie die entnommenen Gasmengen gemeldet.

Es ist deshalb aus Sicht der WN gänzlich unverständlich, warum Netzbetreiber laut § 9 Abs. 1 und Abs. 2 verpflichtet werden sollen, noch zusätzlich Daten an die automationsunterstützte Datenbank der Regulierungsbehörde „*Herkunftsnachweise*“ zu melden.

Es sollte weiterhin eine klare Trennung entsprechend der Energiemarktliberalisierung zwischen Netzbetreiber und Versorger geben. Netzbetreiber sind für den sicheren und zuverlässigen Netzinfrastrukturbetrieb verantwortlich. Da die Erzeugung und Lieferung der Energie nicht im Verantwortungsbereich des Netzbetreibers liegt, sollte sich die Gaskennzeichnungsverordnung ausschließlich an die Versorger richten, da auch nur diese im Zusammenspiel mit den EnergiekundInnen die Ziele und Vorgaben der *Richtlinie 2018/2001/EG* zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen erfüllen können.

Wir halten daher nochmals fest, dass die im derzeitigen § 9 Abs. 1 und 2 des Begutachtungsentwurfs normierte Meldungspflicht für Netzbetreiber unbedingt aufgehoben werden sollte.

2/2

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

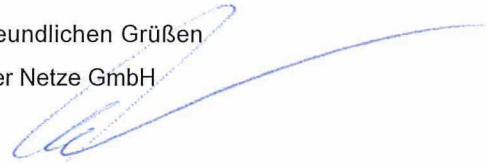
Abschließend ist mitzuteilen, dass die WN auch die Stellungnahme des Fachverbandes Gas Wärme zum obigen Verordnungsentwurf unterstützen.



Ing. Mag. Wolfgang Poier

Mit freundlichen Grüßen

Wiener Netze GmbH



Mag. Martin Beer

Abteilungsleiter Recht